



Gemeinde: weder autonom, noch demokratisch?

Es mag manchem Leser scheinen, daß die "forum"-Redaktion wenig Sinn für Aktualität besitzt, wenn sie genau ein Jahr *nach* den letzten Gemeindewahlen ein Dossier zur Autonomie der Gemeinden und über ihren Kampf gegen den staatlichen Zentralismus vorlegt. Die Idee dazu wurde geboren, als "forum" im Januar 1988 den Schritt "in die Provinz" wagte und (mit Erfolg) seine Cartoon-Ausstellung auch in der Diekircher Gemeindegalerie im Schloß Wirtgen zeigte. Im Gespräch mit Gemeindemüttern und -vätern aus dem Norden zeigte sich ein Unbehagen über Tendenzen der Staatsverwaltungen, alles vom

Schreibtisch in der Hauptstadt aus zu regeln, das den meisten "forum"-Mitarbeitern als Stadtmenschen unbekannt gewesen war und das in der etablierten Presse, und wohl auch in den führenden Parteien, kaum Möglichkeiten hat sich zu artikulieren. In den dann folgenden Diskussionsrunden zur Vorbereitung dieses Dossiers erweiterte sich die Problemstellung schnell von der Polarisierung Staat-Gemeinden auf die Dezentralisierung der Staatsverwaltung selbst sowie auf die gemeindeinterne Demokratie. Die drei Aspekte lassen sich nicht trennen und werden in allen Beiträgen als Ganzes gesehen.

Die Mitarbeiter am vorliegenden "forum"-Dossier sind zwar alle in bestimmten Parteien oder Bewegungen auf gemeindepolitischer Ebene engagiert, doch im Lauf der Vorbereitungsgespräche ergab sich ziemlich rasch, daß die Parteifarbe bei der Problembeschreibung eine recht geringe Rolle spielt. Es stellte sich auch heraus, daß die tiefgreifendsten Lösungen nicht auf der Ebene der einzelnen Gemeinden zu suchen sind, sondern eine nationale Diskussion und legislative Option erfordern. Alle Gesprächspartner waren sich auch darin einig, daß das vor kurzem definitiv angenommene Gesetz zur Reform verschiedener Gemeindestrukturen nur eine Minireform einleitet, die in naher Zukunft schon vertieft werden muß. In-

sofern erscheint das "forum"-Dossier sieben Monate vor den Parlamentswahlen von Juni 1989 durchaus zum rechten Zeitpunkt. m.p.

In der Diskussion erweiterte sich die Problemstellung schnell von der Polarisierung Staat-Gemeinden auf die Dezentralisierung der Staatsverwaltung selbst sowie auf die gemeindeinterne Demokratie.
